

Trend

... neuer Zeitgeist



Inhalt

Seite 2

Editorial

Elend trotz Arbeit

Seite 3

Lehrlingsausbildung: Not gegen Elend

Seite 4

Ein Herz für Lohndrücker?

Arbeitnehmerinteressen im Blick?

Wild im Tagesspiegel

Seite 5

Ephraim Kishons „Der Fuchs im Hühnerstall“

Politik im Film

Seite 6

Matthias Walden vs. Sebastian Leber

Seite 7

Leseempfehlung: „Staatsfeind“

Verweigerung von Wohngeld

Seite 8

Andreas Wild: „Containern“ endlich legalisieren

Linkssenat und Obdachlose

Reparaturfall: Sozialstaat

Wild ... nur für Dich

Verehrter Leser,
wenn Rentner Abfallimer nach Pfandflaschen durchstöbern und Arme im entsorgten Müll von Supermärkten nach genießbaren Lebensmitteln suchen, scheint die Aussage „wir leben in einem reichen Land“

nicht für alle Einwohner zu gelten. Trotz steigender Effizienz in Produktion und Kommunikation gibt es eine zunehmende Zahl von Menschen, die an diesen Segnungen nicht teilhaben. Ob diese Entwicklungen Symptome der ungerechten Verteilung, der Konkurrenz zwischen verschiedenen hilfsbedürftigen Gruppen oder von ungezügelter kapitalistischer Ge-

winnmaximierung darstellen, ist nicht leicht zu beantworten.

Die vorliegende Ausgabe der Trend möchte diese peinlichen Phänomene benennen und politische Lösungen anregen, die von Seiten der AfD gegen den Charity-Mainstream von SPD/CDU/FDP angestoßen werden können.

Ihr Andreas Wild

Elend trotz Arbeit



der sozialen Schädlichkeit. Allerdings geht diese Möglichkeit der Arbeitgeber auf die Schröder-Fischer-Regierung zurück. Rot-Grün etablierte dies 2001.

2017 beklagte Dr. Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass mindestens 1,3 Millionen Menschen in Deutschland mit Tricksereien um den ihnen eigentlich zustehenden Mindestlohn gebracht werden. Das Gastgewerbe, der Einzelhandel, das Friseurhandwerk und das Reinigungsgewerbe stehen als drei Beispiele von mehreren. Da werden Überstunden geleistet, die nicht oder nur teilweise entlohnt werden. Oder im Hotelgewerbe werden Normen für Zimmermädchen aufgestellt, die nicht zu leisten sind. Dann werden eben über die vereinbarte Arbeitszeit hinaus Arbeitsstunden geleistet, die nicht vergütet werden. Das ist vor allem im undurchsichtigen Bereich der Teilzeit möglich.

Das neue Fachwort heißt: „Atypisches Beschäftigungsverhältnis“. Hinter der Bürokratendefinition verbergen sich befristete Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Zeitarbeitnehmer, womit klar wird: Das von der Bundesregierung gefeierte Ergebnis ihrer „Arbeit“ ist auf Kosten von Beschäftigungsverhältnissen zu Stande gekommen, die anderswo – also beispielsweise in Dänemark oder Schweden, wo es noch einen funktionierenden Sozialstaat gibt – gar nicht denkbar wären. Schlußlicht in der Bezahlung – nach

offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit – ist die Gastronomie von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

In Deutschland ist in den letzten Jahren ein neues Phänomen entstanden, das sich unter dem aus den USA kommenden Begriff „working poor“ zusammenfassen lässt.

Von den 33,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind lediglich 21,3 Millionen in Vollzeit tätig. Von den Vollzeitbeschäftigten ist im Westen jeder Sechste und im Osten jeder Dritte im sogenannten Niedriglohnsektor tätig. Zum 1. Januar 2020 soll der Mindestlohn von jetzt 9,19 Euro auf 9,35 Euro pro Stunde steigen. Vielen Arbeitgebern ist es genehm, dass die Merkelregierung mehrere Millionen Asylforderer ins Land holt. „Nachschub“ für das neue Lumpenproletariat, das man schon heute bei McDonalds antreffen kann. Manch einer der Betroffenen will bei einem weiten Weg zur Arbeit nach einem durch Überstunden verlängerten Arbeitstag dann lieber in der Gästetoilette auf einer Matratze übernachten statt nach Hause zu fahren.

Die Menschen nehmen derartige Beschäftigungsverhältnisse nicht freiwillig an. Häufig zwingen Arbeitsagentur oder Jobcenter ihre sogenannten „Kunden“ dazu, derartige Tätigkeiten aufzunehmen, und drohen im Verweigerungsfall mit Leistungskürzung oder Leistungsverweigerung.

AW

Soziale Realität in Merkel-Deutschland: Leerer Kühlschrank – eigenes Auto Illusion – trotz guter und harter Arbeit. Wie kann das sein?

Mehrere Millionen Menschen in diesem Lande – von denen, „die schon länger hier sind“, wie unsere Frau Kanzlerin bemerkte – sind nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt vom selbstverdienten Lohn zu bestreiten. Bertold Brecht fragt in seiner „Dreigroschenoper“: „Denn wovon lebt der Mensch?“ – Luft und Liebe reichen nicht aus. Ausgerechnet die FDP bemüht sich nun auf Bundesebene darum, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Gastronomie noch einmal zu verschlechtern. Ihr politischer Wille geht dahin, dass in der Gastronomie die „Arbeit auf Abruf“ erleichtert wird – ein Zeugnis

Lehrlingsausbildung: Not gegen Elend

Wenn es prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, so verschärft sich die Situation bei den Lehrverhältnissen nochmals. Auszubildende werden in Deutschland häufig mangelhaft und unter unwürdigen Bedingungen ausgebildet. Zahnarthelferinnen putzen jahrelang die Fenster und wischen den Boden, angehende Kaufleute bauen Messestände auf, Köche müssen Küche und das ganze Restaurant putzen. Schlimm ist die Lage nach dem Zeugnis von Berufsschullehrern bei Friseuren, in Zahnarztpraxen, Reisebüros, in der Gastronomie sowie der in Hotel- und Reinigungsbranche. Was hat eine unbezahlte Überstunde mit dem Ausbildungsstoff zu tun? Es ist keine Seltenheit, dass Lehrlinge über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit in der Nacht arbeiten müssen.

Auch mit dem Beginn der Arbeit wird Mißbrauch betrieben. Wenn der Dienstplan z. B. einen Arbeitsbeginn um 14 Uhr ausweist, aber die Auszubildenden ab 12 Uhr die Tische und Stühle in den Biergarten schleppen sollen, läßt sich das später in einem Arbeitsgerichtsprozeß schlecht verifizieren.

In anderen Branchen ersetzen die Auszubildenden die Praktikanten. „Typische Azubi-Aufgaben“: Post frankieren, Kopien machen, Blumen kaufen, Bote spielen, Autos waschen, Telefonate durchstellen, Karteikarten sortieren, Akten schreddern, Tische decken, Kaffee kochen oder die Toilette putzen ...

Seit 2015 müssen Unternehmen Praktikanten einen Mindestlohn zahlen. Auszubildende rechnen sich da für den Arbeitgeber besser. Abhilfe könnten die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern schaffen.

Sie sollen über die Qualität der Ausbildung wachen. Sie könnten Betrieben die Ausbildungserlaubnis entziehen. Sie beschäftigen Ausbildungsberater. Sie können jederzeit unangekündigt Unternehmen besuchen und sich ein Bild über die Zustände vor Ort machen. Seien wir ehrlich und stellen nüchtern fest: Häufig werden Azubis als Billigarbeiter angeheuert und ausgenutzt. Nach einer erfolgreichen Lehrzeit wird der Inhaber des Prüfungszeugnisses nicht übernommen, sondern der Chef stellt den nächsten Azubi ein.

Nach Erhebungen des DGB sind 72% der Azubis zufrieden mit ihrer Ausbildung. 2016 brachen etwa 146.000 Azubis ihre Ausbildung vorzeitig ab – immerhin 25,8%. Allerdings gibt es Unterschiede: In Ausbildungsberufen mit prekären Begleiterscheinung liegt die Quote bei rund 50%, bei Verwaltungsangestellten nur bei 4%. Konkret: Fachkraft für Schutz und Sicherheit ab (50,7%), gefolgt von Restaurantfachleuten (50,6%). Bei Köchen sind es 48,6%, bei Fachkräften im Gastgewerbe 43,4%, bei Hotelfachleuten 40,8%. Quoten von über 45% gibt es bei angehenden Fachkräften für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice (49,8%), Gebäude-

reinigern (49,7%), Friseuren (49,6%), Gerüstbauern (47,9%) und Berufskraftfahrern (46,2%). Vom DGB heißt es: „Dort, wo die Vergütung besonders niedrig ist, sind die Abbrecherquoten extrem hoch.“

Der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Holger Schwannecke, meint: „Wir im Handwerk wollen Fachkräfte qualifizieren und an uns binden.“ Weiß beim ZDH die rechte Hand, was die linke tut?

Die Bundes- und Landespolitik muß unverzüglich einen großen Verfolgungsdruck beim Mißbrauch von Lehrverhältnissen aufbauen. Dieser müßte mindestens die gleiche Intensität entwickeln wie bei falsch parkenden Kraftfahrern oder bei der Prüfung der Steuererklärung von Einkommenssteuerpflichtigen.

Abhilfe würden vermehrte Kontrollen des Zolls, der Berufsschulen und der Industrie- und Handelskammer gerade bei der Gastronomie schaffen. Erfahrungsgemäß führt ein verstärkter Verfolgungsdruck von ganz allein dazu, daß schwarze Schafe auf den Weg der Tugend zurückfinden.

Der Genosse Mao Tse-tung lehrt: Bestrafe einen, erziehe Hundert!

AW



Für manche ein Horrortrip: Lehre in Gastronomie und bei anderen Dienstleistern macht oft kaputt.

Dieter Kempf: Ein Herz für Lohndrücker aus dem Ausland?



Freut er sich über das Lohndrücker-Importprogramm?

Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), warnt vor der Alternative für Deutschland (AfD). Arbeitnehmer,

so seine Forderung, sollten sie nicht wählen. Der Verbandsfunktionär meint, die Attraktivität eines Standorts leide „unter extremistischen Parteien [...] Es drohen Abschwung und Strukturschwäche.“ Tatsächlich ist es aber die Bundesregierung – beispielsweise mit den sogenannten „Rußland-Sanktionen“ –, die der Wirtschaft und dem Land schadet.

Der BDI verfolgt natürlich auch seine eigenen Interessen: Die Arbeitgeber wollen geringere Löhne zahlen, um ihre Gewinne zu steigern. Das ist aus ihrer Sicht legitim. Darum finden Arbeitgeberfunktionäre und Konzernchefs Einwanderung und Multikulti schön. Mehr ausländische Lohndrücker vermehren den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt – unter den Ar-

beitnehmern. Darum die unehrlichen Vorbehalte des BDI gegen die einzige Partei in Deutschland, die eine unkontrollierte Einwanderung nicht will. Kempf wärmt in seiner Wortspende auch die nette Geschichte von den ausländischen Fachkräften auf.

In Dänemark werden hohe – ja sogar sehr hohe – Löhne gezahlt. Die dortigen Gewerkschaften setzen sich für die Belange derer ein, die „dort schon länger sind“. Daher haben die dänischen Arbeitgeber auch kein Interesse am Import ausländischer Lohndrücker. Abgesehen davon würden es die dortigen Arbeitgeber nicht wagen, gegen die Dänische Volkspartei – in etwa vergleichbar mit der AfD – zu hetzen.

A. Wild

Bsirske: Arbeitnehmerinteressen im Blick? Oder doch nicht?



Kämpferisch? Nur zum Schein!

Der Chef der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, hat unlängst davor gewarnt, der Alternative für Deutschland (AfD) bei den kommenden Landtagswahlen die Stimme zu geben. Als Begründung behauptete Bsirske, die AfD-Spitze erwärme sich dafür, die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung abzuschaffen. Offenbar hat der Herr über die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes Probleme mit der Wahrheit. Richtig ist zwar, daß es die AfD bis heute nicht geschafft hat, ein Rentenkonzept auf die Beine zu stellen. Mehrere – teilweise handwerklich schlechte – Konzepte ringen darum, mehrheitsfähig zu werden. Von der Abschaffung der

Arbeitslosenversicherung oder deren Veränderung habe ich nie etwas gehört. Aber wer weiß – vielleicht ist Bsirske heimlich Mitglied der AfD geworden und weiß mehr als ich?

Dabei hätte der Herr allen Grund, besorgt auf seinen eigenen Verein zu schauen, denn die beitragszahlenden Mitglieder ergreifen die Flucht. Das ist kein Wunder, schaut man sich die von ihm zu verantwortenden Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst an. Im Einkommensranking rutscht

der Öffentliche Dienst immer weiter ab. Wie wäre es, Herr Bsirske, wenn Sie sich erst einmal fest an die eigene Nase fassen und dann „gute Ratschläge“ an die Politik erteilen würden? Es könnte sonst sein, daß Sie sich in den Reihen des Öffentlichen Dienstes den Ruf eines Sitzriesen und Quasselkasperls erwerben, und das wäre schade. Deutschland braucht starke Gewerkschaften, um den unsozialen Bemühungen mancher Arbeitgeber entgegenzutreten.

A. Wild

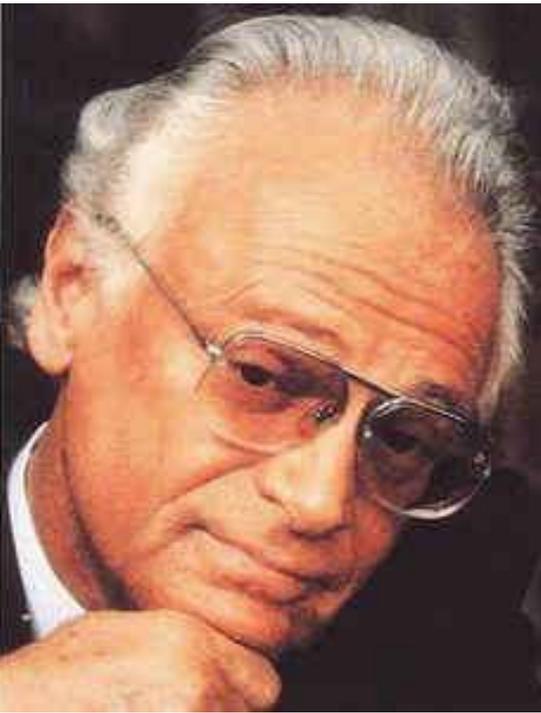
Wild im Tagesspiegel

Tagesspiegel Checkpoint, 26.07.2019: **AfD-Politiker in Sorge über kurze Hosen der Polizei** — Der AfD-Politiker Andreas Wild sorgt sich offenbar um das Ansehen der Polizei-Fahrradstaffel – weil sie kurze Hosen trägt. Er fragte deshalb beim Senat nach, ob dieser wegen der knappen Bekleidung der Beamten womöglich Ansehensverluste befürchtet. Kurze Antwort von Innenstaatssekretär Torsten Ak-

mann (SPD): „Eine Beeinträchtigung der Autorität wird in diesem Zusammenhang nicht erkannt.“



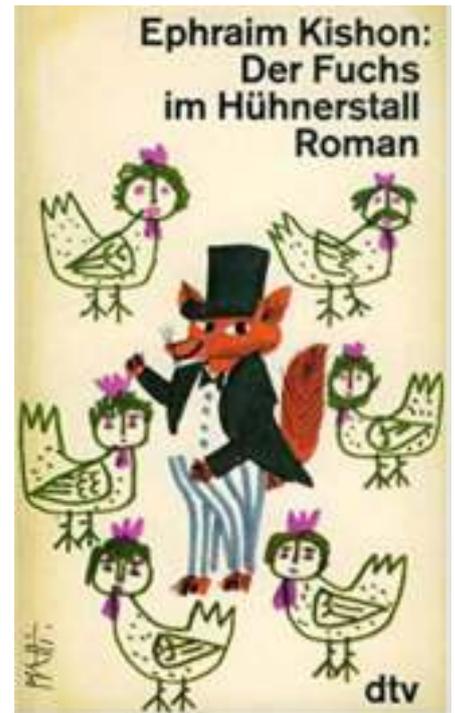
Der Fuchs im Hühnerstall: Eine Satire mit Realitätsbezug



friedlich und ruhig, jeder besitzt das gleiche, Habgier und Neid sind unbekannt. Es gibt keine Bürokratie und die Verbindung mit der Außenwelt wird durch Brieftauben aufrecht erhalten. Alle Bewohner leben vom Kümmelanbau. Die eigenen Angelegenheiten werden solidarisch geregelt.

Dulnikker ist mit der Ruhe unzufrieden. Er will aus den friedlichen Dörfern politisch mündige Staatsbürger machen. Rasch ist die friedliche Bürgerschaft tief gespalten. Dulnikker schafft es in Windeseile, erst zwei, dann drei Parteien zu gründen, das Dorf steht kurz vor dem Bürgerkrieg. Die drei Bewerber für das Amt des Bürgermeisters schenken sich nichts. Sie versprechen Probleme zu lösen, die es vor dem Erscheinen Dulnikkers nicht gab. Heute gibt es in Deutschland sogar eine ganze Partei, auf die das zutrifft. Es ist ein Hochgenuss zu lesen, wie es Dulnikker schafft, daß der Schuster sich selbst bestreikt, weil ihm der erzielte Gewinn zu niedrig erscheint.

1978 wurde der Roman verfilmt. Kishon, der aus Ungarn stammte, entkam mit viel Glück dem nationalsozialistischen Judenausrottungsprogramm und flüchtete dann vor den



Lesenswert: Der Fuchs im Hühnerstall

Kommunisten nach Israel. Seine Bücher erreichen eine Gesamtauflage von 43 Millionen, wurden in 37 Sprachen übersetzt und erfreuen sich vor allem in Deutschland großer Beliebtheit. Am 29. Januar 2005 starb Kishon im Alter von 80 Jahren. Seine Nähe zur Wochenzeitung „Junge Freiheit“ brachte ihm den Haß der Linksextremisten ein.

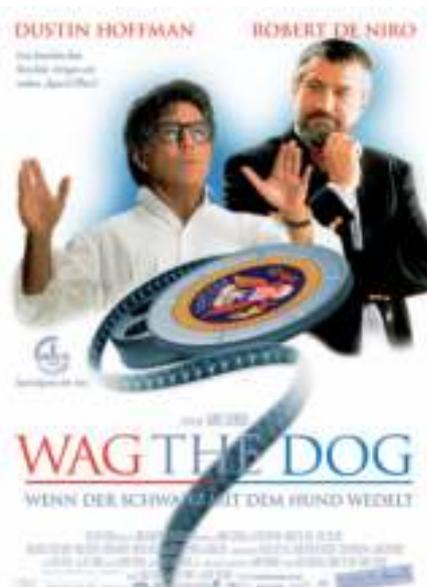
Aaron Kimmig

Grenzenloser schwarzer Humor:

Ephraim Kishon

Als 1969 Ephraim Kishons Roman „Der Fuchs im Hühnerstall“ erschien, wäre in Deutschland wohl niemand auf den Gedanken gekommen, die Romanfigur Amitz Dulnikker, den „Staatsmann“ mit einem der damaligen Politiker hierzulande zu vergleichen. Der unentbehrliche und alternativlose Politiker erleidet einen Herzanfall und muß zur Erholung in ein entlegenes Dorf ziehen. Es ist dort

Politik im Film – unbequemer Spiegel für die Mächtigen



„Wag the Dog“ (1998) gewährt dem Zuschauer einen – vielleicht unbeabsichtigten – Blick hinter die Kulissen der US-Politik. Um die Wiederwahl des Präsidenten fürchtend, wird ein Krieg – wenn auch nur für das Fernsehen – inszeniert. Das Volk versammelt sich hinter dem Präsidenten und schenkt ihm wieder das Vertrauen.

„Zettl“ (2012) hält der bundesdeutschen Politik und den Journalisten den Spiegel vor. Der Untertitel „Unschlagbar Charakterlos“ sagt eigentlich schon alles. In Deutschland wird nichts mehr entschieden außer über das Fortkommen der gegeneinander konkurrierenden Politiker und die Medien klatschen dazu Beifall. Vom Spiegel bis zur Jungen Freiheit wurde eindringlich davor gewarnt, den Gang ins Kino anzutreten.

A. Kimmig



Wahrheitstreu und furchtlos: Matthias Walden vom RIAS

Matthias Walden wurde am 16. Mai 1927 in Dresden als Eugen Wilhelm Otto Baron von Saß geboren. Wäre er nicht schon 1984 gestorben, sähe die Medienlandschaft in Deutschland heute wohl anders aus. Axel Springer hatte ihn als seinen Nachfolger designiert. So „erbt“ Springers fünfte Ehefrau 1985 den Verlag und reichte ihn an den links(-liberalen) Mathias Döpfner weiter, der aus dem einst konservativen einen linken Zeitgeist-Verlag machte.

Walden mußte 1950 aus der Ostzone flüchten. Er machte sich in Berlin (West) beim RIAS, SFB, der Illustrierten Quick und verschiedenen Springer-Publikationen einen Namen. Dem Verfassungsauftrag, der Wiedervereinigung Deutschlands, fühlte er sich zeitlebens verpflichtet. Karl-Eduard von Schnitzler, Erich Honecker, aber auch BRD-Literaten wie Heinrich Böll und Günther Grass diente der tief religiöse Mann als Haßfigur.

1961 entstand Waldens Fernsehreportage „Die Mauer und „Stacheldraht“, die der SFB ausstrahlte. Walden stellte seinen geistig offensiven Freiheitsbegriff im Sinne von Theodor

Heuss dem kämpferischen Antikommunismus Ernst Reuters an die Seite.

Als Mitarbeiter des Springer-Verlages lag ihm das Existenzrecht Israels am Herzen. Heinz Galinski, der damalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, schrieb zu seinem Tode: „Die jüdische Gemeinde zu Berlin hat mit Matthias Walden einen ihrer besten Freunde verloren. Ich kenne kaum einen Menschen, der sich so unbeirrbar, leidenschaftlich und kompromißlos für die Belange des Staates Israel eingesetzt hat.“ Helmut

Schmidt, von Walden stets heftig kritisiert, stellte ihn in eine Reihe mit Paul Sethe, Sebastian Haffner, Kurt Becker und Henri Nannen.

Anlässlich seines Todes pöbelte der „Spiegel“: „In den Höhen der Konzernspitze verfiel der Erbe der gleichen Entrückung von der politischen Realität wie sein Erblasser Springer.“



Matthias Walden vom ehemaligen West-Berliner RIAS

Tatsächlich gaben die Ereignisse des 9. November 1989 Walden Recht. Na, „Spiegel“-Leser wissen mehr. Heute wird Berlin „rot-rot-grün“ regiert, also auch von der Partei, die 1961 die Mauer bauen ließ. Sie heißt heute nur anders – nicht mehr SED.

Aaron Kimmig

Journalismus und Gewalt: Sebastian Leber vom Tagesspiegel



Sebastian Leber hat ein eigenartiges Verhältnis zur politisch motivierten Gewalt

Sebastian Leber schreibt für den linken (liberalen) Tagesspiegel, aber auch für das ähnlich ausgerichtete Wochenblatt „DIE ZEIT“. Dort beklagte er jüngst Verrohung und Gewalt. Das ist erstaunlich, denn scheinbar

gehört er zu den linken Schreibern, die Gewalt gegen Andersdenkende mit Verständnis begeben.

Am 24. Januar 2014 lesen wir aus seiner Feder: „Gäbe es den Widerstand nicht, hätten Rechtsextreme bald keine Hemmschwelle mehr, in der Öffentlichkeit zu agieren. Sie könnten ungestört Flugblätter verteilen: vor Supermärkten, vor Schulen, in Fußgängerzonen. Sie könnten Druck ausüben und anderen ihre Werte aufzwingen. [...] Wer sagt, man müsse sich mit Nazis (wer das ist, bestimmt Leber wohl höchstselbst) argumentativ auseinandersetzen, hat keine Ahnung von der Realität in ostdeutschen

Provinzen. [...] Man kann das wohl zynisch finden, aber es ist wahr: Zur Aufgabe der Polizei zählt es, gewalttätige Linke festzunehmen. Und zur Aufgabe der Antifa gehört es, unnachgiebig mit Widerstand zu drohen. Mich beruhigt es, in einer Stadt zu leben, die eine starke, aktive Antifa hat. Weil ich dann sicher bin, dass in meinem Kiez keine Nazis die Meinungshoheit übernehmen. Ach ja, übrigens: Diese Menschen machen das ehrenamtlich.“

Ist das ein verklausulierter oder offener Aufruf zur Gewalt? Oder will Leber für sich in Anspruch nehmen, Satiriker zu sein?

Aaron Kimmig

Leseempfehlung: „Staatsfeind“ von Veit Etzold

Der Roman spielt im Berlin der Gegenwart und schildert die Ereignisse vor allem aus der Sicht von Spezialeinsatzkräften und polizeilichen Staatsschützern. Deren Verhältnis zur derzeitigen Politik ist vor allem durch wechselseitige Verachtung geprägt. Die durch und durch zivilgesellschaftlich geprägten Politiker sehen Polizei und Militär nur als notwendiges Übel an, während in den Sicherheitskräften das Gefühl wächst, die Politik habe sich im Dschungel ihrer eigenen Vorschriften verfangen und sei handlungsunfähig geworden.

Inhaltlich wird zunächst die tatsächliche Entwicklung der Jahre seit 2015 mit Massenzuwanderung und den verschiedenen islamistischen Terroranschlägen wiedergegeben, um dann zu dem fiktiven islamistischen Sprengstoffanschlag auf die französische und die britische Botschaft in Berlin am 30. Dezember 2018 überzuleiten. Im Verborgenen organisiert sich derweil die rechtsextreme Gruppe „Bewaffneter Widerstand“ mit weitverzweigten Verbindungen. Ein Angehöriger dieser Gruppe erschießt noch am Abend des 30. Dezember den Berliner Innensenator und dessen Staatssekretär.

In dieser Situation gründet Anfang 2019 ein ehemaliger Fallschirmjäger und Kommandosoldat der Bundeswehr die Partei *Deutschland zuerst*, die alsbald exponentiell zu wachsen

beginnt. Der geistige und politische Führer des „Bewaffneten Widerstandes“, Rechtsanwalt Cohagen, kommt derweil hinter den Kulissen über den New Yorker Hedgefonds-Manager und Philantrop Gerald Stalk, einem Förderer der islamischen Zuwanderung nach Europa, mit der Führung des Islamischen Kalifats in Mossul in Kontakt.

Gemeinsam beschließt man, die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2019 zu nutzen, um die deutsche Regierung auszuschalten und Deutschland in ein islamisches Kalifat in Nordwest-Deutschland und einen nationalistischen, strikt rechtsautoritären Staat im Süden und Osten Deutschlands zu teilen. Die Wenigen, die bei den deutschen Sicherheitskräften diesem Komplott auf der Spur sind, spielen mit ihrem Leben und können letztlich die terroristischen Angriffe am 9. November nicht verhindern.

Islamisten nehmen die Zuschauer und Fernsichtteams auf der Tribüne an der Straße des 17. Juni als Geiseln, während die Rechtsterroristen des „Bewaffneten Widerstandes“ Hauptportal und Kuppel des Reichstages sprengen. Verfassungstreuen Teilen von Polizei und Spezialeinsatzkräften gelingt es jedoch, die Berliner Attentäter niederzukämpfen.

Nach dem Scheitern der Verschwörung tritt die Kanzlerin mit ihrer Re-



gierung geschlossen zurück, da das Land für sie unregierbar geworden ist. Teile der Regierung, wie der Innen- und der Außenminister werden zudem vermisst. Die Partei *Deutschland zuerst* liegt nun in der Wählergunst bei 80%, und es kommt zu einer Umwälzung der verfassungsmäßigen Ordnung. Dieser recht abrupte und etwas fragwürdige Schluß tut dem Buch insgesamt aber keinen Abbruch.

Herbert Hermann
Veit Etzold, „Staatsfeind“, Droemer Verlag, München 2019, 461 Seiten, 10,99 € ISBN 978-3-426-30668-0

Lichtenberger Kommunistenhäuptling: Kein Herz für Hartzer

Der Bezirk Berlin-Lichtenberg wird vom „Volksfreund“ Michael Grunst von der LINKEN – ehemals PDS, ehemals SED – als Bürgermeister administriert. Dort ereignete sich ein Vorgang, dessen sozialpolitische Kaltschnäuzigkeit deutschlandweit großes Aufsehen erregte. Das Wohngeldamt des Bezirks lehnte einem Bedürftigen das Wohngeld mit der Be-

gründung ab, er erhalte von der Tafel „Sachleistungen“ in Höhe von rund 3.000 Euro. Im Ablehnungsbescheid hieß es, daß es den „Wert der als Sachbezug zur Verfügung gestellten Verpflegung auf monatlich 241 Euro“ festgelegt hat. Darin enthalten seien 51 Euro für Frühstück, 95 Euro für Mittagessen und 95 Euro für Abendessen.



Michael Grunst: Früher Offiziersanwärter bei den Grenztruppen der DDR, heute Chef im Rathaus Berlin-Lichtenberg

Andreas Wild: „Containern“ endlich legalisieren



Mittelbare Nahrungsbeschaffung am Rande der Würdelosigkeit

EU-weit landen 20% aller in den Supermärkten zum Kauf angebotenen Lebensmittel auf dem Müll. Wie schon bei der Lohnpolitik oder im Umgang mit ungebeten Zuwanderern ist Dänemark auch bei der Vermeidung von Lebensmittelmüll ein Vorbild. In Tschechien sind die Supermärkte sogar verpflichtet, unverkaufte Lebensmittel an Wohltätigkeitsorganisationen weiterzugeben.

In Deutschland hat sich die Begrifflichkeit des Containerns eingebürgert, wenn arme, hungrige Menschen, bei denen das Geld eben nicht

mehr für die letzte Mahlzeit reicht, bei ALDI oder LIDL die Container nach abgelaufenen Lebensmitteln durchstöbern.

Während in Österreich und der Schweiz das „Containern“ inzwischen legal ist, stehen in Deutschland gleich mehrere Paragraphen des Strafgesetzbuches dagegen. § 123 Abs. 1 StGB (Hausfriedensbruch) und/oder §§ 242f StGB (Diebstähle) sind hier einschlägig. Hausfriedensbruch kommt dann in Frage, wenn dem Container ein physisches Hindernis vorgelagert ist.

Gelegentlich kommt es tatsächlich zu entsprechenden Strafverfahren und Verurteilungen. Ende Mai 2019 forderte der Hamburger Justizsenator Till Steffen von den Grünen eine Gesetzesänderung. Er wollte das Containern künftig straffrei stellen. Es waren die CDU-Justizminister auf Länderebene, die diesem lobenswerten Vorstoß ein Ende bereiteten.

Im CSU-regierten Bayern fand dann auch der vorläufig letzte Prozess gegen zwei Frauen statt, die beim „Containern“ erwischt worden waren. Zwar hatte der Filialleiter seine Anzeige später zurückgezogen, aber die Staatsanwaltschaft sah daran ein „öffentliches Interesse“. Der Richter wiederum erkannte, dass der Wert der gestohlenen Waren zwar im Laden noch einen Wert von 100 Euro gehabt hätte, aber zum Zeitpunkt des Diebstahls war das „Diebesgut“ praktisch wertlos gewesen. Er setzte die geringe Geldstrafe zur Bewährung aus.

Deutschland scheint auch hier EU-weit einen Sonderweg zu beschreiten. Es wäre an der Zeit, „Containern“ zu legalisieren.

AW

Alle Jahre wieder: Berliner Linkssenat und die autochthonen Obdachlosen – eine unendliche menschenverachtende Geschichte

Jedes Jahr erfrieren Menschen im Winter auf der Straße, weil sie keine Wohnung haben. Jedes Jahr gibt es aber auch Streit darüber, ob diese

Menschen in U-Bahnhöfen während der Zeit, wo dort keine Züge fahren, übernachten können. Abgesehen davon, daß die Bausenatorin Lomp-

scher mit ihrer Bauverhinderungspolitik und Innensenator Geisel mit seiner Abschiebeverhinderungspolitik dazu beitragen, dass der verfügbare Wohnraum immer knapper wird, sollte es doch eine Selbstverständlichkeit für einen angeblich „sozial“ tickenden Senat sein, die Ärmsten der Armen vor dem Erfrierungstod zu bewahren.

AW



Elke Breitenbach: (K)ein Herz für Obdachlose?

Impressum

Andreas Wild MdA
Abgeordnetenbüro
- Staatsreparatur -
Jungfernstieg 4 b, 12207 Berlin
Direkt am S-Bahnhof Lichterfelde-Ost
030-209677555 wild@wild-agh.de